

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	19.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Grüne Partei der Schweiz (GPS)
Prozesstypen	Parteichronik
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Gianola, Giada
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schaub, Hans-Peter
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Gianola, Giada; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schaub, Hans-Peter; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteichronik, Grüne Partei der Schweiz (GPS), 1990 – 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Öffentliche Finanzen	1
Direkte Steuern	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Parteiensystem	2
Grosse Parteien	3
Linke und ökologische Parteien	4

Abkürzungsverzeichnis

IWF	Internationaler Währungsfonds
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EKF	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
EG	Europäische Gemeinschaft
OFRA	Organisation für die Sache der Frau

FMI	Fonds monétaire International
UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
CFQF	Commission fédérale pour les questions féminines
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
CE	Communauté européenne
OFRA	Organisation pour la cause des femmes

Allgemeine Chronik

Öffentliche Finanzen

Direkte Steuern

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.09.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **Grüne Partei verzichtete** entgegen ihren früheren Ankündigungen darauf, eine **Initiative zur ökologischen Steuerreform** zu lancieren. Das Projekt sah vor, die Lohnabzüge für alle Formen der Sozialversicherungen schrittweise durch eine Energiesteuer zu ersetzen.¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2019
GIADA GIANOLA

Vor den eidgenössischen Wahlen erlebten verschiedene **Parteisekretariate einige Personalwechsel**. Die Co-Kampagnenleiterin der SP Corinne Grässle orientierte sich beruflich neu und verliess das SP-Generalsekretariat.

Bei der CVP kündigte der Kommunikationschef Manuel Ackermann seine Stelle im Generalsekretariat, um neu bei Santésuisse einzutreten. 2018 ersetzte die CVP auch ihre Generalsekretärin: Béatrice Wertli verliess das Sekretariat.

Auch die SVP stellte mit dem Freiburger Emanuel Waeber einen neuen Generalsekretär ein. Dessen Vorgänger Dominique Steiner hatte den Dienst nach knapp einer Woche wieder aufgegeben. Die Volkspartei bestimmte zudem eine neue Pressesprecherin, Andrea Sommer.

Fanny Noghero wurde zur neuen FDP-Kommunikationsverantwortlichen für die Romandie bestimmt, da ihre Vorgängerin zur FDP Wallis wechselte.

Keine Personalfluktuationen erlebten hingegen die Grünen. Acht der zehn Mitarbeitenden arbeiteten seit drei oder mehr Jahren im Generalsekretariat der Partei, die Hälfte sogar seit mehr als sechs Jahren.

Gemäss der neuen CVP-Generalsekretärin Gianna Luzio – zitiert in der Aargauer Zeitung – seien die Stellen in den Parteiensekretariaten «ein natürliches Sprungbrett». Die Angestellten im Sekretariat erhielten «relativ früh eine grosse Verantwortung, sie kommen in Kontakt mit spannenden und wichtigen Leuten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, sie können sich ein wertvolles Netzwerk aufbauen», was viele Jobmöglichkeiten (und höhere Löhne) eröffne. Wer laut der Aargauer Zeitung zum Beispiel zur Bundesverwaltung wechselt, bekommt ein höheres Gehalt als in den meisten Parteien. Nur die SP versuche Löhne auszusparen, die dem Vergleich von Bund und Privatwirtschaft standhalten. Dies auch um der Personalfluktuationen entgegenzuwirken und die Mitarbeitenden zu motivieren, längerfristig bei der SP zu bleiben.²

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die **sechs grössten Parteien** der Schweiz verzeichneten 2020 und 2021 nach eigenen Angaben fast durchwegs einen deutlichen **Mitgliederzuwachs**, wie die Aargauer Zeitung im Januar 2022 berichtete. Die Zahlen sind zwar zu relativieren, weil nicht alle Parteien ein zentrales Mitgliederregister führen und die Parteien zudem unterschiedliche Kriterien dafür verwenden, ab wann sie jemanden als Parteimitglied zählen. Die Aargauer Zeitung und der von ihr befragte Politanalyst Mark Balsiger hielten einen Zuwachs indessen für plausibel. Als Erklärungsfaktoren nannten sie, dass in dem Zeitraum viele Bürgerinnen und Bürger durch die stark alltagsrelevante Covid-19-Pandemie, aber auch durch die intensiviertere Diskussion um den Klimawandel und durch aussergewöhnlich intensive Abstimmungskämpfe etwa zur Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 und zu den beiden Covid-19-Gesetzesvorlagen im Juni und im November 2021 politisiert worden seien. Diese Politisierung sei noch verstärkt worden durch einen stark erhöhten Medienkonsum vieler Leute in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie und zeige sich nebst den vermehrten Parteieintritten auch an den aussergewöhnlich hohen Beteiligungsraten bei den Volksabstimmungen seit Pandemiebeginn.

In absoluten Zahlen den stärksten Zuwachs meldete **Die Mitte**. Seit der Fusion von CVP und BDP (zuletzt 82'000 bzw. 4'000 Mitglieder) im Januar 2021 sei die Mitgliederzahl

um 5'500 auf 91'500 gestiegen. Die Partei führte dies auch auf ihr Rebranding mit dem neuen Parteinamen zurück.

Einen nicht genauer bezifferten Nettozuwachs «im vierstelligen Bereich» meldete die **SVP**, deren Mitgliederzahl gemäss einer nicht datierten Angabe auf der Parteiwebsite 80'000 betrug. In jüngerer Vergangenheit sei die Mitgliederzahl nur nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 und nach der Nichtwiederwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher 2007 noch stärker gestiegen. Der massnahmenkritische Kurs der Partei in der Coronapolitik führte gemäss ihren eigenen Angaben zwar zu Austritten älterer bisheriger Mitglieder, diese seien aber mehr als kompensiert worden durch jüngere Neumitglieder, die sich gerade von diesem Kurs angesprochen gefühlt hätten.

Die **SP** meldete 32'814 Mitglieder, was rund 1'400 Personen mehr seien als zwei Jahre zuvor. Es gebe aber schon seit 2015 einen kontinuierlichen Zuwachs. Ein Teil der Neumitglieder sei wegen der Coronapolitik zur SP gestossen, die Hauptgründe waren gemäss einer Neumitgliederbefragung aber Gespräche mit Bekannten, die bereits Parteimitglieder waren, und Ereignisse im Zusammenhang mit einzelnen Abstimmungen oder Wahlen.

Gar den grössten «Mitgliederboom» ihrer Parteigeschichte erlebten gemäss Parteipräsident Balthasar Glättli die **Grünen**: Die Mitgliederzahl sei in zwei Jahren um 2'300 auf 12'967 gestiegen, was wohl auf die Themenführerschaft der Grünen in der Klimapolitik zurückzuführen sei.

Am sechstmeisten Mitglieder hatte die **GLP**, die 6'800 Mitglieder meldete, was 1'700 mehr seien als zwei Jahre zuvor. Der starke Anstieg habe schon nach den für die GLP äusserst erfolgreichen Nationalratswahlen 2019 begonnen.

Keine Informationen zur aktuellen Mitgliederentwicklung hatte die **FDP** Schweiz. Man nehme aber «keine namhaften Schwankungen» wahr. Im Jahr 2019 hatte die Partei ihre Mitgliederzahl mit 120'000 beziffert.

Vergleicht man die gemeldeten Zahlen mit jenen aus dem Jahr 2013, so sind die Mitte und die SVP seither per Saldo geschrumpft, bei der FDP blieb die Mitgliederzahl stabil. Demgegenüber konnten die SP, die Grünen und die GLP ihre Mitgliederbasis seit 2013 verbreitern.³

Parteiensystem

Vor den eidgenössischen Wahlen erarbeitete eine aus 31 prominenten Parlamentariern von **FDP, CVP, SP und Grünen bestehende «Gruppe Dialog» eine «Erklärung für eine konsensfähige Erneuerungspolitik»**, die zu einer Deblockierung der eidgenössischen Politik beitragen sollte. Als wichtigste politische Ziele der kommenden vier Jahre postulierte die Gruppe die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Konsolidierung des sozialen Netzes, das Zugehen auf Europa, die Stabilisierung der Bundesfinanzen, eine verbesserte Ökoeffizienz sowie eine umfassende Verkehrsreform.

Nach ihrem Wahlsieg stemmte sich die SP aber etwa gegen die Forderung der Konsolidierung der Sozialwerke und erklärte sich auch mit der Aussage der «Gruppe Dialog» nicht einverstanden, dass Zugehörigkeit zur Regierung und fundamentale Opposition in wesentlichen Fragen der Zukunftsgestaltung unverträglich seien. Sie präsentierte deshalb Ende November einen weniger rigiden Vorschlag, auf dessen Basis sich die vier Bundesratsparteien für die neue Legislatur auf eine intensivere Zusammenarbeit einigten. Die **«Erklärung der Bundesratsparteien zur Zusammenarbeit – auf der Basis konstruktiver Kompromisse»** versteht sich nicht als verbindliches Regierungsprogramm, postuliert aber regelmässige Gespräche und gemeinsame Arbeitsgruppen mit zeitlich definierten Mandaten, um Lösungen zu wichtigen politischen Sachfragen zu erarbeiten. Dabei stehen fünf Schwerpunkte im Vordergrund: Wirtschaft und Arbeit, Sanierung der Bundesfinanzen, Zukunft der Sozialversicherungen, Beziehungen zur EU sowie Regierungs-, Verwaltungs- und Verfassungsreform. Jede der Bundesratsparteien hat Anspruch auf zwei Vertreter. Das Grundsatzpapier hält fest, dass einzelne Parteien im Rahmen der «variablen Geometrie» ausscheren können (opting out); Sanktionen sind nicht vorgesehen. Bis Ende Jahr wurden vier prominent besetzte vorparlamentarische Kommissionen geschaffen: Die Neat-Arbeitsgruppe, die Gruppe Wirtschaft, Konjunktur und Arbeitsmarkt, die Arbeitsgruppe Migration und die Gruppe Drogenpolitik.⁴

Da die drei grossen bürgerlichen Parteien keine zentralen Mitgliederverzeichnisse führen, ist es praktisch nicht möglich, Entwicklungen hinsichtlich ihrer Organisationsstärke zu analysieren. International zeigt sich seit langem ein teilweise beträchtlicher **Mitgliederschwund**. Die SP, die ein zentrales Register führt, ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Zwischen 1992 und 2011 verloren die Sozialdemokraten rund 15% ihrer Mitglieder, wie der TA berichtete. Die SP wies 2011 noch 31'226 Mitglieder aus. Die von der FDP (120'000 Mitglieder), der CVP (100'000 Mitglieder) und der SVP (90'000 Mitglieder) auf Anfrage genannten Zahlen und insbesondere die Behauptung, dass diese über die letzten 20 Jahre stabil geblieben seien, wurden von Experten angezweifelt. Genauere Angaben lassen sich bei den kleineren Parteien machen, bei denen sich ein gegenteiliger Trend zeigt. Die Mitgliederzahl der Grünen nahm zwischen 2003 und 2012 von 4'779 auf 7'523 zu. Die BDP wuchs zwischen 2008 und 2012 von 3'500 auf 6'000 Mitglieder und die GLP hatte ihre Mitgliederzahl zwischen 2007 und 2012 verdreifacht (2012: 3'600 Mitglieder).⁵

Grosse Parteien

Im Vorfeld der kantonalen Wahlen in Zürich wurde in der Sonntagszeitung ein brisanter parteiinterner Streit kolportiert. 2006 hätte sich die Zürcher Kantonalsektion gegen die Aufnahme des damals aus der Grünen Partei ausgetretenen **Martin Bäumle** (glp) in die FDP-Fraktion gestellt, obwohl die nationale Partei dies befürwortet hätte. Nationalrat Ruedi Noser (ZH) warf Nationalrätin Doris Fiala (ZH), damals Kantonsrätin vor, die Aufnahme von Bäumle verhindert zu haben, weil sie den Verlust des eigenen guten Listenplatzes bei den nationalen Wahlen 2007 befürchtet habe. Die FDP hätte – so Noser gemäss „Sonntagszeitung“ – heute weniger Konkurrenz zu fürchten, hätte man Bäumle damals aufgenommen.⁶

Anlässlich der Suche der FDP nach einer Nachfolge für Parteipräsidentin Petra Gössi fragte die Aargauer Zeitung im August 2021 die sechs grössten Parteien der Schweiz nach der **finanziellen Entschädigung für die Parteipräsidenten**.

Ausser der SVP erhielt die Zeitung von allen Parteien Zahlen. Am wenigsten grosszügig war demnach die **GLP**: Ihr Präsident Jürg Grossen (glp, BE) erhielt den eher symbolischen Fixbetrag von CHF 2'500 pro Jahr und keine zusätzliche Spesenentschädigung. Gegenüber der Aargauer Zeitung gab Grossen an, die Finanzen der GLP liessen keine höhere Entschädigung zu und sein Lohn seien das Wachstum und die Sitzgewinne der Partei. Grossens Amtskollege Balthasar Glättli (gp, ZH) von den **Grünen** wurde mit CHF 28'000 pro Jahr entschädigt (CHF 16'480 Lohn und CHF 11'520 Spesen). Petra Gössi (fdp, SZ) Lohn bei der **FDP** betrug CHF 50'000 zuzüglich einer Spesenentschädigung in nicht genannter Höhe. Die **SP** liess sich ihr Präsidium insgesamt CHF 80'000 pro Jahr kosten, wobei auf Co-Präsidentin Mattea Meyer (sp, ZH) und Co-Präsident Cédric Wermuth (sp, AG) je CHF 35'000 Lohn und CHF 5'000 Spesen entfielen. Am grosszügigsten war schliesslich die **Mitte**: Ihr Präsident Gerhard Pfister (mitte, ZG) wurde von seiner Partei mit rund CHF 100'000 pro Jahr entschädigt; dieser Betrag setzte sich zusammen aus einer Grundentschädigung, einer Spesenvergütung und Sitzungsgeldern. Die Mitte war damit die einzige Partei, welche Sitzungsgelder ausrichtete. Mitte-Generalsekretärin Gianna Luzio erklärte gegenüber der Aargauer Zeitung, die Mitte gehe für ihr Präsidium von einem 60-Prozent-Job aus, und die Entschädigung für Pfisters Vorgänger Christophe Darbellay (cvp, VS) bei der damaligen CVP habe sich in einem ähnlichen Bereich bewegt.

Von der **SVP** erhielt die Zeitung bloss die Auskunft, dass Parteipräsident Marco Chiesa (svp, TI) keinen Lohn, aber eine Spesenentschädigung bekomme; deren Höhe nannte die SVP nicht. Laut der Aargauer Zeitung wird in der SVP allerdings gemunkelt, diese Spesenentschädigung sei so hoch angesetzt worden, dass sie für mehr als nur die Spesen reiche. Die Entschädigung ihres Präsidiums hatte bei der SVP – wie auch schon bei anderen Parteien – für Diskussionen gesorgt, als sie Kandidaturen für die Nachfolge von Albert Rösti suchte und schliesslich Chiesa fand.⁷

Linke und ökologische Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Innerhalb des Grünen Bündnisses wurden die **Bestrebungen in Richtung einer Fusion mit der GPS stärker spürbar**, da die Absetzbewegungen der Sektionen von St. Gallen, Luzern und Baselland, die den Beobachterstatus bei der GPS erworben haben resp. als Mitglied aufgenommen worden sind, Substanz kosteten. Das GBS zeigte auch Bereitschaft, im Falle eines Scheiterns der Fusion im Rahmen einer «grünen Koordination» regelmässig mit der GPS zusammenzukommen, um Themen und Aktivitäten zu besprechen.⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Auf Parlamentsebene trat die **einzige Nationalrätin des Grünen Bündnisses, Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) in die Fraktion der Grünen Partei ein.**⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.03.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Gegensatz zu diesem Trend wurde im Kanton Aargau der Versuch gemacht, **unabhängig von der Kantonalsektion der GPS, Grüne Aargau**, einen dem Grünen Bündnis nahestehenden Zusammenschluss zu schaffen. **Sieben grüne und alternative Gruppierungen** (Grüne Brugg, grüne Listen Zurzach und Baden, Wettigrün, Eichlebutzer Würenlingen, SAP und Ofra) gründeten die Grüne Liste als kantonale Koordination neu; eine solche war schon 1987 im Hinblick auf die Nationalratswahlen gebildet worden.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.04.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die beiden nationalen grünen Gruppierungen, die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und das Grüne Bündnis Schweiz (GBS) klärten das Terrain für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen ab. Nachdem im Dezember 1989 der GPS-Ausschuss auf einen Fusionswunsch des GBS eingegangen war, präsentierte das Grüne Bündnis die Rahmenbedingungen, unter denen es sich eine Fusion vorstellen könnte. **Formelle Kriterien** wie z.B. ein neuer Name der fusionierten Gruppen sowie inhaltliche Problemkreise – die Verteidigungs- und Sozialpolitik, die Frauenfrage und die Frage nach dem Stellenwert der Parlamentsarbeit – **sollten gemeinsam diskutiert werden**. Allerdings liessen aber bald darauf beide Parteien verlauten, **die Basis für eine Fusion sei zur Zeit nicht vorhanden**. Innerhalb des Grünen Bündnisses äusserten vor allem die Sozialistisch-Grüne Alternative Zug (SGA) und die Winterthurer Opposition (WOP) Zweifel an Sinn und Machbarkeit einer Fusion.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Damit ist die **POCH Basel (POB)**, welche zwölf Grossräte stellt, die einzige noch funktionierende Sektion. Doch auch sie suchte Gespräche mit der GPS über eine nähere Zusammenarbeit. Ein Hintergedanke dieser Bestrebungen mag darin gelegen haben, **ihrem Nationalrat Baerlocher (BS) den Eintritt in die GPS-Fraktion zu erleichtern**, welcher von dieser vorerst abgelehnt worden war.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

An der Delegiertenversammlung in Lenzburg nahm die GPS das Grüne Bündnis Luzern definitiv auf. Ausserdem erhielten die «Grünen Solothurn» und das von der Kantonalsektion abgespaltene «Movimento dei Verdi Ticinesi (MVT)» den Beobachterstatus; diesen hatte auch die Gruppierung «Grüne Baselland», hervorgegangen aus der POCH, im April an der Delegiertenversammlung in Bern erhalten.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

In Baselstadt **scheiterten Fusionsverhandlungen zwischen der GP Baselstadt** – ihrerseits schon das Produkt einer Fusion mit der radikalen «Grünen Alternative Basel (GAB)» – **und der grün-liberalen Gruppierung «Grüne Mitte (GM)» vorerst**. Letztere bildet im Grossen Rat eine Fraktionsgemeinschaft mit dem LdU. Die GPS hatte eine Aufnahme der beiden grünen Organisationen an die Bedingung einer Fusion geknüpft. Dabei spielte für die GPS-Leitung die Überlegung eine Rolle, den Platz für eine zweite Partei in Basel für die «Progressiven Organisationen Basel-Stadt (POB)», welche ebenfalls Gespräche mit der GPS suchten, freizuhalten.¹⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Tessiner Sektion «Movimento ecologista ticinese (MET)» wurde mit dem Ausschluss aus der GPS gedroht, **falls sie weiterhin mit der im letzten Jahr gegründeten Bewegung «Svolta ecopolitica (SVEPO)»**, bei welcher der ehemalige NA-Nationalrat Oehen eine wichtige Rolle spielt, **zusammenarbeite**. Nach der Konstituierung der MVT ist die SVEPO die zweite Abspaltung, welche aus dem MET hervorging.¹⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.11.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

An der Delegiertenversammlung in Lenzburg (AG) wurde **Nationalrätin Irène Gardiol (VD) als Nachfolgerin von Peter Schmid (TG) zur Parteipräsidentin gewählt**. Gardiol hatte vorher die Fédération romande des consommatrices (FRC) präsidiert und war anfangs Jahr für den in die Lausanner Stadtregierung gewählten Brélaz in den Nationalrat nachgerückt. Sowohl Partei- als auch Fraktionspräsidium (Rosmarie Bär, BE) befinden sich damit in weiblichen Händen.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.11.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der Auflösungsprozess der POCH ging auch im Berichtsjahr weiter. Die **POCH-Sektion Bern schloss** sich mit der Grünen Partei/Demokratische Alternative (GP/DA) zur **Grünen Partei Bern** zusammen, nachdem sie schon bei den Grossratswahlen im Frühling eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten. Die neue Partei ist wie die alte GP/DA-Formation eine Kantonalpartei der GPS. In **Zürich hat sich die POCH im August aufgelöst**; ihre zwei Abgeordneten im Stadtparlament hatten sich im Frühjahr bereits auf der «Alternativen Liste/Züri 90» und nicht mehr auf einer eigenen Liste wählen lassen. Ein Teil der Parteimitglieder bekundete die Absicht, früher oder später in die GPS einzutreten. Der Zürcher POCH-Nationalrat Herczog wurde gegen Jahresende in die SP-Fraktion aufgenommen.¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.12.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die GPS umfasste am Ende des Jahres folgende Kantonalparteien: Grüne Aargau, Freie Liste Bern, Grüne Partei Bern, Grüne Partei Baselland, Parti écologiste fribourgeois, Parti écologiste genevois, Glarner Umweltgruppen (GUG), Grünes Bündnis Luzern, Ecologie et Liberté (NE), Kritisches Forum Schwyz, Grüne Partei des Kantons Thurgau, Movimento Ecologista Ticinese, Groupement pour la protection de l'environnement GPE (VD), Grüne Partei des Kantons Zürich. Diese vierzehn Parteien zählen **insgesamt über 5000 Mitglieder**. Den Beobachterstatus bei der GPS hatten folgende Gruppierungen: Grüne Baselland, Grüne Partei Baselstadt (GP/GAB), Grüne Mitte (BS), Die Grünen Basel-Stadt, Grünes Bündnis des Kantons St. Gallen, Grüne Kanton Solothurn, Movimento dei Verdi Ticinesi, Parti écologiste valaisan/Walliser Grüne Partei.¹⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.08.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Schon im Vorfeld der Wahlkampagne zeigten Meinungsumfragen die starke Diskrepanz zwischen Parteiwählerschaft und Parteiführung in der Haltung zur Europäischen Integration auf. Am Kongress der Europäischen Grünen in Zürich **plädierten die Delegierten** aus über 20 Ländern für ein **Europa der Regionen** und **stärkten der schweizerischen Organisation** damit den Rücken. Im Wahlkampf verwendete die Partei bewusst den Begriff des europäischen Lebens- und Umweltraumes, der erhalten werden müsse, als Kontrast zum Europäischen Wirtschaftsraum.¹⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.08.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die **Delegiertenversammlung** der GPS in Lausanne vom 4. Mai beschloss, die Tessiner Sektion **«Movimento Ecologista Ticinese» (MET) aus der Partei auszuschliessen**, weil sie sich weigerte, die Trennung vom ehemaligen NA-Nationalrat Oehen zu vollziehen. Neu in die nationale Organisation aufgenommen wurden hingegen die **Grüne Partei Basel-Stadt sowie das Grüne Bündnis St. Gallen**. Im neuen Parteiprogramm, welches die Delegierten verabschiedeten, wurde der bisherige Kurs der Grünen vertieft und Bereiche wie Gleichberechtigung, Wirtschaft und Finanzen, Sicherheits- und Sozialpolitik als Schwerpunkte gesetzt, die auch zu Wahlkampfthemen wurden. Im Kanton Jura wurde das «Mouvement écologiste jurassien» (MEJ) gegründet, welches den Beobachterstatus in der GPS erhielt, für die eidgenössischen Wahlen jedoch nicht kandidierte. In Basel-Stadt stiess die eher bürgerlich orientierte «Grüne Mitte» zum Fusionsprodukt «Grüne Partei Basel-Stadt / Grüne Alternative Basel», während sich im Baselbiet die drei bestehenden grünen Organisationen, «Grüne Partei Baselland», «Grüne Baselland» und «Grüne Liste Baselbiet», zu einer neuen Partei mit dem Namen «Grüne Baselbiet» zusammenschlossen, welche Mitglied der GPS wurde. Nach der Fusion entstand jedoch aus Kreisen von Fusionsgegnern eine «Neue Grüne

Mitte». ²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.09.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

In der Legislaturbilanz grenzte sich die Grüne Partei unter anderem **deutlich von der SP ab**; laut Monika Stocker (ZH) begegne die Leitung der sozialdemokratischen Partei der Frage des wirtschaftlichen Wachstums zunehmend unkritischer. Diese Abgrenzung gegen die SP verdeutlichte sich unter anderem an der Delegiertenversammlung vom 14. September in Luzern, an welcher die GPS beschloss, gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), welche als **Inbegriff eines zerstörerischen Wirtschaftswachstums** interpretiert wurde, das Referendum zu ergreifen. Es handelt sich dabei um das erste von der GPS ergriffene Referendum; Volksinitiativen hat sie noch nie lanciert. Die GP forderte auch einen Abbruch der EWR-Verhandlungen und kündigte Widerstand gegen ein eventuelles EG-Beitritts-gesuch an. Während der NEAT-Referendums-Entscheidung nur zu geringer Kontroverse Anlass bot, opponierten welsche Delegierte vergebens gegen die europapolitischen Standortbestimmungen. ²¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 16.11.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Ein **Graben zwischen Deutschschweiz und Romandie** tat sich auch in der **Frage einer Unterstützung des Referendums** gegen den IWF- und Weltbankbeitritt auf. Um einen grösseren Konflikt zu vermeiden, entschied sich der Vorstand einstimmig, auf nationaler Ebene keine Stellung zu beziehen und den Entscheid den Kantonalparteien zu überlassen. ²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.10.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als **Nachfolgerin von Nationalrätin Irène Gardiol (VD)** wurde ihre Ratskollegin **Verena Diener (ZH)** einstimmig zur neuen **Parteipräsidentin der GP** gewählt. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin vertritt sie eine zurückhaltende Position bezüglich der Integrationspolitik. ²³

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Mitgliederversammlung der Gruppe «Demokratisches Nidwalden» (DN) lehnte den Beobachterstatus bei der GP **mit 23 zu 3 ab**. ²⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.06.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die GP beteiligt sich an der im Juni in Helsinki gegründeten Föderation der Grünen Europas, welcher bisher **23 grüne Parteien aus allen Teilen Europas** angehören. Die Programmrichtlinien beinhalten die Bereiche **Umweltentwicklung im allgemeinen**, die **gemeinsame Sicherheit und die neuen Bürgerrechte**. Als erste grüne Partei Europas hat die GP im September die Programmrichtlinien und die Statuten der Föderation ratifiziert. ²⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.11.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Jubiläumskongress zu ihrem 10jährigen Bestehen änderte die GP ihren Namen in «Grüne – Grüne Partei der Schweiz» um, mit dem sie ihre **Einheit als grosse Sammelbewegung** symbolisieren will. Das bisherige Logo, eine Sonnenblume in einem quadratischen Rahmen, wurde durch eine rahmenlose unvollständige Blume mit drei geschwungenen Linien, die an ein Auge erinnern, ersetzt. In der Bilanz ihrer bisherigen Entwicklung stellte sie fest, dass immer noch zentrifugale Kräfte in der vielfältig zusammengesetzten Partei, welche seit Mitte der 80er Jahre Zustrom seitens verschiedenster links-grün-alternativer Gruppierungen erhalten hat, bestehen. Die **Verlagerung des politischen Diskurses** von umweltrelevanten Themen zur Auseinandersetzung mit der Arbeitslosigkeit zwingt die Partei, eine **breitere Abstützung in der Öffentlichkeit** anzuvisieren, wenn sie nicht weitere Verluste bei kantonalen Wahlen in Kauf nehmen wolle. Eine Mehrheit der Delegierten befürwortete die Bestrebungen, mittels pragmatischer grüner Politik Regierungsbeteiligung anzustreben. Die Delegierten beschlossen ferner, die Energie-Umwelt-Initiative der verschiedenen Umweltorganisationen zu unterstützen und auf ihr eigenes Vorhaben zur Besteuerung der Energie vorläufig zu verzichten. Hingegen soll die Wirtschafts- und Sozialkommission der Grünen die Vorschläge für ein garantiertes Existenzminimum konkretisieren. ²⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.12.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Nationalrat löste die **Luzernerin Cécile Bühlmann den Aargauer Thür als Fraktionschefin** ab.²⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.10.1994
EVA MÜLLER

Im Kanton Baselland kam es bei den «Grünen Baselbiet» nach persönlichen Differenzen zur Spaltung. Unter der Führung von Nationalrätin Ruth Gonseth **spaltete sich eine Minderheit unter dem neuen Namen «Freie Grüne Liste» ab**, die verbleibende Parteienmehrheit nennt sich weiterhin «Grüne Baselbiet». Das Baselbiet ist, nach Bern, nun der zweite Kanton, der zwei Gruppierungen als GPS-Mitglieder führt. Die Aufnahme der «Freie Grüne Liste» BL als GPS-Mitglied ist noch nicht definitiv erfolgt.²⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.07.1995
EVA MÜLLER

Die Grünen wählten Nationalrat **Hanspeter Thür (AG)** zu ihrem **neuen Präsidenten**, nachdem sich andere Kandidatinnen wie Rosmarie Bär (BE) und Cécile Bühlmann (LU) zurückgezogen hatten. Thür löste die in den Zürcher Regierungsrat gewählte **Nationalrätin Verena Diener ab**, welche die Grünen seit 1992 präsidiert hatte.²⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.09.1995
EVA MÜLLER

Im Wahljahr 95 nahm die GP eine Kurskorrektur vor und versuchte sich neu als **Reformpartei, und nicht mehr als Protestpartei**, zu profilieren. Verschiedentlich äusserte sie Interesse an einer Mitte-Links-Koalition mit der SP und weiteren «fortschrittlichen» Kräften der Mitte, um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft voranzutreiben. Mit der Aussage, diese Zusammensetzung sei längerfristig auch auf Bundesratsebene anzustreben, äusserten die Grünen erstmals **Regierungsambitionen**.³⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.02.1996
EVA MÜLLER

Auch die Grünen nahmen nach ihren massiven Sitzverlusten bei den Wahlen 95 eine Standortbestimmung vor. Dabei plädierte Parteipräsident Hanspeter Thür für eine **frechere und provokativere Interpretation der Oppositionsrolle**, die mit dem eingeschlagenen Kurs von der Protest- zur Reformpartei vereinbar sei. Meinungsunterschiede zum Thema Europa blieben aber deutlich.³¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.09.1996
EVA MÜLLER

Mit einer Statutenrevision schrieb die GPS für den Vorstand eine Mindestquote beider Geschlechter **von 40% vor**.³²

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.09.1997
EVA MÜLLER

Hanspeter Thür (AG) gab nach nur zwei Jahren im Amt seinen Rücktritt als Parteipräsident bekannt. Danach brach ein **Disput um die politische Ausrichtung der Partei** aus. Exponenten der Zürcher Kantonalpartei warfen der «Realo-Fraktion» um die nationalen Parlamentsmitglieder, zu denen auch Thür gehört, vor, die nur noch «etwas neoliberalere und konservativere Variante der Sozialdemokratie» zu sein. Die Grünen müssten wieder «zur apokalyptischen Kritik der Moderne zurückfinden». Ein ideologischer Bruch zwischen einer Mehrheit der Zürcher und der gesamtschweizerischen Partei hatte sich bereits 1992 abgezeichnet, als die nationale Parteileitung und die Mehrheit der Nationalratsfraktion den EU-Beitritt zu befürworten begann. Auch das Bemühen der nationalen Partei um eine realisierbare Neat schien den Zürchern nach der früheren Neat-Ablehnung unglaubwürdig. Im Juli sistierte die Zürcher Regierungsrätin und frühere GPS-Präsidentin Verena Diener ihre Parteimitgliedschaft bei der Kantonalpartei, um die Frage über Zustand und Stil der Zürcher Sektion aufzuwerfen.³³

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.1997
EVA MÜLLER

Mit hauchdünner Mehrheit nominierte der Parteivorstand überraschend die auf nationaler Ebene unbekanntere Baselbieter Landrätin Esther Maag zur Nachfolgerin Thürs. Der ebenfalls kandidierende Berner Nationalrat und Biobauer Ruedi Baumann, dem insbesondere von der Zürcher Sektion die Etikette des «Berner Establishments» angehängt wurde, und der Tessiner Werner Nussbaumer hatten das Nachsehen. Bei der Delegiertenversammlung Ende Oktober setzten die Grünen dann aber doch auf eine pragmatische Politik und **wählten Ruedi Baumann mit 64 von 108 Stimmen klar zum neuen Präsidenten**. Baumann sprach sich für eine bauern- und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik und auch für einen prononciert proeuropäischen Kurs aus. Der

härteste Opponent Baumanns, Felix Müller, trat von seinem Amt als Präsident der Zürcher Grünen zurück, um den Konflikt um die Parteiausrichtung zu entkräften.³⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.12.1998
URS BEER

Erstmals wählte das Parlament einen grünen Bundesrichter. In einer Kampfwahl liess Thomas Georg Merkli seinen **FDP-Gegenkandidaten knapp hinter sich**. Merkli wirkte schon seit zwei Jahren als nebenamtlicher Ersatzrichter am Bundesgericht in Lausanne. Als **erster grüner Stadtpräsident** der Schweiz wurde Martin Graf an die Spitze der Gemeinde Illnau-Effretikon (ZH) gewählt.³⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.05.2000
DANIEL BRÄNDLI

Im Mai löste der Theologe **Hubert Zurkinder** aus Freiburg den zurückgetretenen Felix Wirz als **Generalsekretär** ab. Im April wurde die Co-Präsidentin der Waadtländer Grünen, Marie Schaffer, als erste Schweizerin in den **Vorstand der Grünen Partei Europas** gewählt.³⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.10.2001
MAGDALENA BERNATH

Im August kündigte **Ruedi Baumann** seinen **Rücktritt als Parteipräsident** auf Ende Oktober an, weil er in Frankreich einen Bio-Landwirtschaftsbetrieb übernahm. Sein Nationalratsmandat wollte er jedoch behalten. Im Vordergrund für seine Nachfolge stand ein Mitglied der Fraktion. Weil die GP eine Ämterkumulation von Fraktionsvorsitz und Parteipräsidium ablehnte, kam eine Kandidatur von Cécile Bühlmann (LU) nicht in Frage. Als Favoriten galten die Mitglieder des Nationalrats Ruth Genner (ZH) und Patrice Mugny (GE). Kurzfristig war nicht klar, ob auch der Berner Grossrat und ehemalige Parteisekretär Bernhard Pulver sich bewerben und die Partei zu einem Richtungsentscheid zwingen würde, da er als liberaler gilt als die beiden Favoriten. An der Delegiertenversammlung vom Oktober wählten die Grünen auf Antrag der Parteileitung ein Kopräsidium mit Patrice Mugny und Ruth Genner; damit wurden sie der Tatsache gerecht, dass die Partei in letzter Zeit in der Romandie hatte Erfolge verbuchen können. Mugny, früherer Chefredaktor beim linkskatholischen Le Courrier, ist politischer Sekretär der Genfer Grünen und Westschweizer Koordinator der Alpen-Initiative. Er hat den Ruf, Themen rasch zu erkennen und zu analysieren und Provokation auch gezielt einzusetzen. In jüngster Zeit setzte er sich vor allem für die Antiglobalisierung und die „Sans-papiers“ ein. Genner, als Lebensmittel-Ingenieurin tätig, war zehn Jahre Zürcher Kantonsrätin und präsidierte die VCS-Sektion. Sie gilt als stille Schafferin mit viel Sachkompetenz.³⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.10.2001
MAGDALENA BERNATH

Das Berner Grüne Bündnis und das Demokratische Nidwalden erhielten **Beobachterstatus**.³⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.09.2003
MAGDALENA BERNATH

Mit einem Fest mit Biomarkt und Podiumsgespräch feierte die Grüne Partei im Mai in Bern ihr **20-Jahr-Jubiläum**. Co-Präsidentin Ruth Genner rief zu mehr Bewegung an der Basis auf und ermunterte die Parteimitglieder, utopische Ziele anzupeilen. Gefragt sei insbesondere der Nachwuchs. Einen Monat vor den eidgenössischen Wahlen präsentierten sich die **Jungen Grünen**, die bisher nur kantonal in Erscheinung getreten waren, erstmals als nationale Bewegung und luden zu einem „Fair-Trade-Frühstück“ auf der Bundesterrasse in Bern ein. Als ersten politischen Vorstoss übergaben sie dem Parteipräsidium eine Forderung an die Bundesverwaltung: Diese solle in ihren Cafeterias nur noch Kaffee aus fairem Handel ausschenken.³⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.11.2003
MAGDALENA BERNATH

Nach seiner Wahl in die Genfer Stadtregierung gab der Co-Präsident der Grünen, **Patrice Mugny (GE)**, bekannt, er werde sein Nationalratsmandat nach der Sondersession **abgeben** und Ende Jahr das **Co-Präsidium** der Partei. Im November liess Co-Präsidentin Ruth Genner (ZH) durchblicken, sie würde das Präsidium gerne im Vollamt übernehmen. Als Vizepräsidenten wünsche sie sich einen welschen Fraktionskollegen. Die Delegiertenversammlung der Grünen entscheidet im Januar 2004 über die Neuerungen an der Parteispitze.⁴⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.04.2004
MAGDALENA BERNATH

Im April beschlossen die Grünen die Ja-Parole zu den beiden Atominitiativen „Strom ohne Atom“ und „Moratorium Plus“, zur Initiative „Gleiche Rechte für Behinderte“, zur Lehrstelleninitiative, zur Initiative „Ja zu fairen Mieten“, zur Sonntagsinitiative, zur Gesundheitsinitiative der SP sowie zur Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes. Umstritten war einzig die Vorlage zur Armee XXI, zu der die Delegierten auf Antrag des Vorstandes mit 43:16 Stimmen bei 8 Enthaltungen leer Einlegen empfahlen; der Antrag, die Nein-Parole herauszugeben, wurde mit 44:29 Stimmen abgelehnt. Anschliessend verabschiedeten die Grünen eine Resolution, worin sie wegen der ihrer Ansicht nach völkerrechtswidrigen Intervention der USA im Irak den Umzug der UNO von New York in die neutrale Schweiz nach Genf anregten. Zu reden gab schliesslich die **Erhöhung des Mitgliederbeitrags**, welcher erstmals seit dem 20-jährigen Bestehen der Partei angehoben wurde (von 25 auf 35 Fr. pro Jahr). Dadurch verfügt die nationale GP neu über ein Jahresbudget von knapp 500'000 Fr. ⁴¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Juni beschlossen die Parteispitzen von **GP und SP**, ihre **Zusammenarbeit zu institutionalisieren** und sich viermal jährlich während der Sessionen zu treffen, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Die Vereinbarung war auf Wunsch der Grünen zustande gekommen, die sich trotz ihres Wahlsieges in den eidgenössischen Wahlen vom Vorjahr im politischen Diskurs von der SP nicht als gleichwertiger Partner anerkannt fühlten. ⁴²

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.03.2005
MAGDALENA BERNATH

Weil ihnen die Grünen zu weit links stehen, zogen die aus der Zürcher GP ausgetretenen **Grün-Liberalen Zürich (GLiZ)** ihr Beitrittsgesuch bei der GP Schweiz zurück und beschlossen den Alleingang. Im Nationalrat hatte sich der Grünliberale Martin Bäumle (ZH) nach seinem Ausschluss aus der Grünen Fraktion um die Aufnahme in die EVP-EDU-Fraktion bemüht, welche jedoch nicht zustande gekommen war – im Gegensatz zum Zürcher Kantonsrat, wo die beiden GLiZ-Vertreter der EVP-Fraktion genehm sind. ⁴³

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.11.2005
MAGDALENA BERNATH

Zu Beginn der Wintersession übernahm die Berner Nationalrätin **Therese Frösch** das **Fraktionspräsidium** der Grünen. Die 2003 ins Parlament gewählte frühere Stadtberner Gemeinderätin (Exekutive) löste die Luzerner Nationalrätin Cécile Bühmann ab, welche die Bundeshausfraktion zwölf Jahre lang geleitet hatte und im Frühjahr 2006 auch aus dem Nationalrat ausscheiden wird. Neue Vizefraktionschefin wurde Anne-Catherine Menétrey-Savary (VD) an Stelle von Pia Hollenstein (SG). Das Nationalratspräsidium, das die Grünen nach bald zwanzigjähriger Präsenz in der Bundesversammlung anstreben, wurde ihnen in der Wintersession verwehrt. ⁴⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.10.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Anfang Oktober reichten die Grünen beim Büro des Nationalrats einen Antrag ein, der ihnen ermöglichen soll, 2009/2010 das **Präsidium des Nationalrats** zu übernehmen. Demnach sollte alle acht Jahre eine Partei die Präsidentschaft übernehmen können, die nicht im Bundesrat vertreten ist. ⁴⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.10.2007
SABINE HOHL

Nach den für die Grünen sehr erfolgreich verlaufenen Wahlen (7 Sitzgewinne im Nationalrat und 2,2 Prozentpunkte mehr Wähleranteil als 2003) trat **Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH)** aufgrund der Amtszeitbeschränkung zurück. Genner war seit 2001 in der Parteileitung gewesen, zunächst als Co-Präsidentin, dann als alleinige Präsidentin. Der Vizepräsident der Grünen, Ueli Leuenberger (GE), zeigte Interesse an Genners Nachfolge. Als weitere mögliche Kandidatinnen galten Franziska Teuscher (BE) und Maya Graf (BL). Genner sprach sich für ein Co-Präsidium mit einem Mann und einer Frau aus, während Leuenberger ein System mit Präsidium und Vizepräsidium favorisierte. ⁴⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 16.04.2008
SABINE HOHL

Nach Ruth Genners Rücktritt als Parteipräsidentin stand zu Beginn des Jahres die Regelung der **Nachfolge für das Präsidium** an. Ueli Leuenberger (NR GE), Vizepräsident der Grünen, meldete sein Interesse an. Er wollte sich allerdings nur als alleiniger Präsident und nicht für ein Ko-Präsidium zur Verfügung stellen. Konkurrenz erwuchs ihm durch Franziska Teuscher (NR BE), die umgekehrt nur für ein Ko-Präsidium kandidierte. Die abtretende Genner hatte sich explizit ein Ko-Präsidium mit einer Frau und einem Mann gewünscht. In der Grünen Partei, welche die Frauenvertretung in der Parteileitung stets als wichtiges Anliegen gesehen hatte, wurde heiss diskutiert, ob ein Mann als alleiniger Präsident denkbar sei. Leuenberger konnte sich letztlich durchsetzen, die Findungskommission empfahl ihn als neuen Präsidenten und der Vorstand der Grünen schloss sich dieser Meinung an. Teuscher zog ihre Kandidatur zurück und stellte sich als Vizepräsidentin zur Verfügung.⁴⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 28.04.2008
SABINE HOHL

An der Delegiertenversammlung Ende April in Yverdon (VD) wurde **Ueli Leuenberger** einstimmig zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Der aus dem Kanton Bern stammende, aber seit fast 40 Jahren in Genf lebende Leuenberger wurde vor allem durch seinen Einsatz im Bereich Migrationspolitik bekannt. Als seine Ziele nannte Leuenberger eine zentralisiertere Organisation und eine bessere Koordination mit den Kantonalparteien sowie eine Erhöhung der Initiativ- und Referendumsfähigkeit der Partei. Zudem sollen die Fachleute für verschiedene Themen innerhalb der Partei besser vernetzt werden. Die Partei solle mittelfristig 15% Wähleranteil erreichen und in der Landesregierung Einsitz nehmen. Franziska Teuscher und Aline Trede (als Vertreterin der Jungen Grünen) wurden zu Vizepräsidentinnen der Partei gewählt. Die abtretende Präsidentin Ruth Genner zog eine positive Bilanz ihrer sechsjährigen Amtszeit. Hauptthema der Delegiertenversammlung war das weltweite Hungerproblem. Genner kritisierte in diesem Zusammenhang den Anbau von Pflanzen zur Produktion von Treibstoff. Die Grünen verabschiedeten zudem drei Resolutionen: Erstens forderten sie den Verzicht auf den Bau neuer Atomkraftwerke und eine Abschaltung der bestehenden Werke. Zweitens verlangten sie, die Finanzierung für die Bahn-2000-Projekte der zweiten Etappe müsse bereitgestellt werden. Drittens forderten die Grünen, der Bundesrat solle das repressive Vorgehen Chinas gegen die Tibeter verurteilen. Die Delegierten lehnten weiter die drei Abstimmungsvorlagen Gesundheitsartikel, Einbürgerungsinitiative und Initiative „gegen Behördenpropaganda“ ab. Zudem wurde die „Grüne Bewegung Uri“ nach 14 Jahren im Beobachterstatus als Vollmitglied der GPS aufgenommen.⁴⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.06.2008
SABINE HOHL

Im Juni änderte das „Demokratische Nidwalden“ seinen Namen in „**Grüne Nidwalden**“.⁴⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.08.2008
SABINE HOHL

Im August feierte die Grüne Partei Schweiz an einer Jubiläumsversammlung in Biel (BE) ihr **25-jähriges Bestehen**. Die Delegierten verabschiedeten einstimmig eine Resolution gegen neue Atomkraftwerke in der Schweiz. Sie forderten zudem höhere Fördergelder für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die Initiative „Für ein flexibles Rentenalter“ des SGB erhielt mit 136 zu 1 Stimme bei 19 Enthaltungen die Unterstützung der Grünen. Befürwortet wurden auch die Hanfinitiative und das revidierte Betäubungsmittelgesetz, während die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern abgelehnt wurde. Die Grünen sprachen sich auch einstimmig gegen die Initiative zum Verbandsbeschwerderecht aus.⁵⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.12.2008
SABINE HOHL

Anfang Dezember wurde im **Kanton Obwalden eine Grüne Partei gegründet**. Damit sind die Grünen in allen Kantonen ausser Appenzell Innerrhoden vertreten.⁵¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.01.2009
SABINE HOHL

Auch im **Kanton Graubünden** fällt es den Grünen schwer, sich zu etablieren. Die Kantonalsektion der GP kündigte an, vorerst nur in Chur und Davos aktiv zu sein, da für ein gesamtkantonales Engagement die finanziellen und personellen Ressourcen nicht ausreichen.⁵²

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.03.2009
SABINE HOHL

Im Februar trat Nationalrätin Therese Frösch (BE) als Präsidentin der Bundeshausfraktion der Grünen zurück. Zu ihrer Nachfolgerin wurde **Maya Graf** (BL) gewählt, die zu den amtsältesten grünen Parlamentsmitgliedern gehört.⁵³

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.05.2009
SABINE HOHL

Auch im Generalsekretariat der Grünen kam es zu einem personellen Wechsel. **Hubert Zurkinden** trat nach neun Jahren als Generalsekretär der Grünen zurück. Das Sekretariat wird künftig unter einer Co-Leitung stehen: Miriam Behrens, bisher stellvertretende Generalsekretärin der Partei, und Yann Golay, zuletzt Pressesprecher bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, traten ihr Amt im September an.⁵⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.12.2009
SABINE HOHL

Ende Jahr wurde bekannt, dass die **Grüne Partei des Kantons Obwalden**, die im Vorjahr gegründet und im Februar des Berichtjahres in die nationale Partei aufgenommen worden war, bereits wieder aufgelöst wird. Der bisherige Präsident Gerardo Raffa verliess den Kanton und es wurde keine Nachfolgelösung für das Präsidium gefunden. Raffa kritisierte die Grüne Partei Schweiz für ihren dezidierten Linkskurs: Dieser mache es in einem ländlichen Kanton wie Obwalden schwierig, Mitglieder anzuwerben.⁵⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.09.2010
MARC BÜHLMANN

Nach den Erfolgen der Grünliberalen wurden innerhalb der GP Stimmen laut, die eine **Abkehr vom linken Stil** forderten. Man müsse wegkommen von dogmatischer Politik und sich in Richtung Mitte bewegen. Kritik wurde auch an Präsident Ueli Leuenberger geübt. Obschon Umweltthemen im Trend seien, würde die Partei nicht genügend davon profitieren. So habe etwa die GP noch keine griffige Initiative mit einem ökologischen Thema in Vorbereitung, während die GLP ihr geplantes Begehren zur Energiesteuer bereits öffentlich gemacht habe und die SP das Thema mit ihrer bereits lancierten Cleantech-Initiative besetze. Trotz Kritik wurde Leuenberger an der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Freiburg einstimmig bestätigt. Zudem wurde ein **Aktionsprogramm zur Energiepolitik** verabschiedet, in welchem bekannte Anliegen wie die Förderung alternativer Energien und von Energieeffizienz, die Beschränkung der AKW-Laufzeiten und das Verbot von Endlagern (falls nicht gleichzeitig alle AKWs abgeschaltet werden) festgehalten wurden. Man sei sich jedoch bewusst, so Vizepräsidentin Franziska Teuscher, dass die Menschen heute wahrscheinlich nicht mehr so kritisch gegen Atomstrom eingestellt seien wie noch vor 20 Jahren. Sie forderte eine neue Atomdebatte, welche die Grünen anführen müssten.⁵⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 09.12.2010
MARC BÜHLMANN

Mit ihrer Wahl zur zweiten Vizepräsidentin im Nationalrat gab Maya Graf (BL) ihr Amt als **Fraktionschefin** ab. Geht alles seinen normalen Gang und wird Graf 2011 wiedergewählt, so dürfte sie 2013 als erste grüne Parlamentarierin die formell höchste Schweizerin werden. Nachfolgerin von Graf als Fraktionschef der Grünen wurde der Genfer Nationalrat Antonio Hodgers. Brigit Wyss (SO) und Luc Recordon (VD) übernahmen gemeinsam das Vizepräsidium.⁵⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.01.2011
MARC BÜHLMANN

Anfang des Berichtsjahrs gab die **Kantonalsektion der Grünen im Kanton Uri** bekannt, die Parteiarbeit massiv herunterfahren zu wollen. Auch im Kanton Schwyz hat die Partei einen schweren Stand, während sie in Obwalden bisher noch gar nicht Fuss fassen konnte. Dies habe laut Präsident Leuenberger auch damit zu tun, dass es in kleinen Kantonen besonders schwierig sei, sich als kleine Oppositionspartei zu engagieren. Trotz der Aufforderung der nationalen Parteileitung, traten die Urner Grünen nicht zu den Nationalratswahlen an.⁵⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.11.2011
MARC BÜHLMANN

Die Niederlage bei den nationalen Wahlen führte zu parteiinternen Diskussionen über eine **mögliche Neuausrichtung** der Partei. Man könne sich freuen, dass langjährige grüne Forderungen mehrheitsfähig geworden seien, was ja eigentlich das Ziel der GP sei, die nicht einfach zum Selbstzweck bestehe. Die Meinungen über das künftige Parteiprogramm, die anvisierten Wählersegmente und die personelle Zusammensetzung einer zukunftsfähigen Parteiführung gingen auseinander. Auf der einen Seite wurde davor gewarnt, von den bewährten Positionen abzurücken. Vielmehr müssten neue Wählersegmente, insbesondere junge Frauen, angesprochen werden. Auf der anderen

Seite wurde eine Neuausrichtung Richtung Mitte, eine Profilierung in Nicht-Umweltschutzthemen und sogar eine Annäherung an die GLP verlangt. Gefordert wurde auch eine neue Generation an der Spitze der Partei. Der per April 2012 zurücktretende Präsident Leuenberger solle durch eine junge Frau aus der Deutschschweiz ersetzt werden.⁵⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.02.2012
MARC BÜHLMANN

Formsache war die Wiederwahl des **Fraktionspräsidenten** der GP. Der Genfer Nationalrat Antonio Hodgers, der das Amt 2010 von Maya Graf (BL) übernommen hatte, wurde Ende Februar im Amt bestätigt. Auch das Vizefraktionspräsidium, bestehend aus dem Ständerat Luc Recordon (VD) und der Nationalrätin Yvonne Gilli (SG) wurde wiedergewählt.⁶⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.04.2012
MARC BÜHLMANN

Am 21. April besetzten die Grünen in Carouge ihr **Präsidium** neu. Ueli Leuenberger (GE) – seit 2008 im Amt – hatte bereits früher seinen Rücktritt angekündigt. Nach den nationalen Wahlen 2011, die für die GP mit fünf Sitzverlusten zu einem eigentlichen Debakel geworden waren, wurde eine Neuausrichtung gefordert, die auch dank einer Verjüngung des Präsidiums und mit einer Frau an der Spitze erfolgen und zu alter Stärke zurückführen sollte. Verschiedene Szenarien wurden in Erwägung gezogen: ein Einerpräsidium mit einem mehrköpfigen Vizepräsidium oder ein Co-Präsidium aus einer Frau und einem Mann bzw. mit je einer Person aus der französisch- und deutschsprachigen Schweiz. Mit einer Statutenänderung wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, mehr als zwei Vizepräsidien zu schaffen. Ende Januar hatten nicht weniger als 10 Personen ihre Ambitionen angemeldet: Als mögliche Nachfolgerinnen Leuenbergers wurden früh die Nationalrätinnen Adèle Thorens (VD) und Regula Rytz (BE) gehandelt. Vizepräsidentin Franziska Teuscher (BE), welche mit einem Sitz in der Berner Stadtregierung liebäugelte, sagte hingegen früh ab. Ihr Interesse an einer Mitarbeit im Präsidium kündigten hingegen die Nationalräte Bastien Girod (ZH) und Geri Müller (AG) an. Auch die frühere Baselbieter Landrätin Esther Maag reichte ihre Bewerbung für das Präsidium ein. Ausschliesslich für ein Vizepräsidium kandidierten Markus Kunz (ZH), ehemaliger Kantonalpräsident der Grünen des Kantons Zürich, Ständerat Robert Cramer (GE), der ehemalige Nationalrat Jo Lang (ZG) sowie Claudio Zanini (TI). Auch Aline Trede (BE) anbot sich, im Präsidium mitzuhelfen, allerdings nur, wenn sie in den Nationalrat nachrutsche, also bei einer allfälligen Wahl Franziska Teuschers in die Berner Stadtregierung. Der scheidende Präsident Leuenberger warnte an der Delegiertenversammlung im Januar in Kriens vor einer Annäherung an die Mitte und einem Co-Präsidium. Die in den Medien dem rechten grünen Flügel zugeordneten Girod und Thorens würden den Richtungsstreit innerhalb der Partei nicht beenden und ein Co-Präsidium – Leuenberger hatte sich bei seiner Wahl dezidiert gegen ein solches zusammen mit Franziska Teuscher ausgesprochen – würde verhindern, dass die Partei mit einer Stimme spreche. Die Ende April in Carouge anwesenden Delegierten waren jedoch anderer Meinung und wählten mit Adèle Thorens und Regula Rytz zwei Frauen in ein Co-Präsidium. Bereits im ersten Wahlgang setzten sich die beiden mit 183 (Thorens) bzw. 127 Stimmen (Rytz) durch. Der drittplatzierte Girod erhielt 68 Stimmen. Mit Thorens und Rytz seien sowohl der junge, pragmatische wie auch der linke, etatistische Flügel der Partei abgedeckt, so die Einschätzung der Presse. Das Vizepräsidium wurde – um die Sprachregionen und die Geschlechter adäquat zu vertreten – neu mit Bastien Girod (ZH), Jo Lang (ZG), Robert Cramer (GE) und der Jungen Grünen Irène Kälin (AG) besetzt. Die Delegierten hatten zuvor entschieden, dass die Jungpartei ebenfalls im Vizepräsidium vertreten sein soll und wählten Kälin in stiller Wahl.⁶¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.11.2012
MARC BÜHLMANN

Die Grünen waren – ähnlich wie die SP – gespalten in der Frage, ob sie **Parteispenden** von Firmen und Banken annehmen sollten. Die Raiffeisenbank, die Crédit Suisse und die UBS hatten Spenden in Aussicht gestellt. Die 60'000 Franken von der CS hätten immerhin 6% des Budgets der GP entsprochen. Noch im November 2011 hatten die Grünen zwar 17'000 CHF von der Raiffeisenbank angenommen, spätestens mit der Übernahme der Bank Wegelin durch die Raiffeisen sei diese Quelle aber infrage zu stellen, forderten einige Parteivertreter. Mitte November entschied die Parteileitung dann, keine Spenden der Grossbanken, wohl aber der Raiffeisenbank anzunehmen, wofür sie von den Jungen Grünen kritisiert wurden. In einem Parteispenden-Reglement schuf die GP zudem die Grundlagen für künftige Diskussionen über Parteifinanzierung. In diesem Reglement wurden drei Bedingungen an Spenden geknüpft: die Gewährleistung von Transparenz, das Verbot einer Tangierung der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit der Partei.

Die UBS-Spende wurde abgelehnt, weil sie an Bedingungen geknüpft war (Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft) und bei Annahme der CS-Gelder hätte die Glaubwürdigkeit der Partei gelitten. Die Raiffeisenbank sei hingegen nie in den Strudel der Finanzkrise geraten, lokal verankert und genossenschaftlich organisiert.⁶²

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2013
MARC BÜHLMANN

Anfang November wurde die GP des Kantons Schwyz nach fünfjährigem Beobachterstatus als Vollmitglied der Grünen Partei Schweiz aufgenommen. Damit endete ein in den 1980er Jahren begonnener Prozess der **Konsolidierung**. Verschiedene Splittergruppen wurden im Verlauf der Jahre unter das Grüne Dach aufgenommen: etwa die verschiedenen Grünen Bündnisse in Luzern, St. Gallen und Bern, das Demokratische Nidwalden, die Grüne Freie Liste in Bern, die Alternativen Listen in Zug oder Basels starke Alternative (BastA) und die Parti écologiste Valaisan wurden in den letzten Jahren Vollmitglieder der GP.⁶³

PARTEICHRONIK
DATUM: 15.01.2013
MARC BÜHLMANN

Im Kanton Zug wurde **Josef Lang** verabschiedet, der nach 41 Jahren seinen Rücktritt aus der kantonalen Politik bekannt gegeben hatte. Lang hatte die grüne Politik auch auf nationaler Ebene stark geprägt. Bei den Nationalratswahlen 2011 wurde er allerdings nicht wiedergewählt. Lang war auch durch sein grosses Engagement beim Sammeln von Unterschriften bekannt. Er erhielt deshalb im Rahmen der Feierlichkeiten von der GP-Co-Präsidentin Adèle Thorens den Titel „Roi des Signatures“ verliehen.⁶⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 08.10.2013
MARC BÜHLMANN

Die **jungen Grünen** wählten Ende September Ilias Panchard (GE) zum Co-Präsidenten. Dem dreiköpfigen Präsidium gehören neben Panchard auch Lena Frank (BE) und Andreas Lustenberger (ZG) an. Mit Panchard soll die französischsprachige Schweiz stärker eingebunden werden.⁶⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.11.2013
MARC BÜHLMANN

Mit der Wahl von Antonio Hodgers in den Genfer Staatsrat musste das Amt des **Bundeshausfraktionspräsidenten** neu besetzt werden. Drei der 15 National- und zwei Ständeräte kündigten eine Kandidatur für den Posten an: die 2013 amtierende Nationalratspräsidentin Maya Graf (BL), der seit 2011 im Nationalrat sitzende Balthasar Glättli (ZH) sowie Nationalrat Daniel Vischer (ZH), der von 1999 bis 2003 bereits die grüne Fraktion im Zürcher Kantonsrat präsidiert hatte. Die Fraktion entschied sich Ende November für Glättli, der sich vor allem hinsichtlich Netzpolitik, Datenschutz und Persönlichkeitsrechten einen Namen gemacht hat.⁶⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen** (ÖBS), eine der nationalen Grünen Partei angeschlossene Gruppierung, die im Schaffhauser Parlament vier Sitze hält, hatte im Vorjahr den Wunsch eines einjährigen Status als Beobachterin bei der GLP angemeldet. Die ÖBS blieb während dieses Jahres Mitglied der GP und entschloss sich Ende November definitiv im Schoss der Grünen zu bleiben. Allerdings sprach sich rund ein Drittel der ÖBS-Mitglieder gegen einen Verbleib bei der GP aus, weil diese zu weit links politisiere. Dieses Drittel – darunter auch zwei Kantonsräte – wollte fortan als GLP auftreten.⁶⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 07.12.2013
MARC BÜHLMANN

Nach einem Jahr Beobachterstatus bei der GLP entschied sich die **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen** (ÖBS), eine 1990 aufgrund eines Zusammenschlusses von Jungliberalen und Umweltgruppierungen entstandene, bisher der nationalen Grünen Partei angeschlossene Gruppierung, bei den Grünen zu bleiben und sich nicht der GLP anzuschliessen. Dieser Entscheid wurde allerdings nicht von allen Mitgliedern der ÖBS geteilt. Ein Teil der Anhängerschaft – darunter auch zwei der vier Schaffhauser Kantonsräte – wechselte zur GLP, die damit in Schaffhausen quasi aus dem Nichts zu zwei Sitzen kam.⁶⁸

2019 war das Jahr der **Grünen**: Nicht nur erreichte die Partei sehr gute Resultate in den kantonalen Erneuerungswahlen, sondern sie konnte mit 17 zusätzlichen Mandaten (neu: 28 Sitze) und einem Anstieg des Wähleranteils um 6.1 Prozentpunkte (neu: 13.2 Prozent) auch **in den Nationalratswahlen 2019 einen grossen Sieg** erzielen. Wie die NZZ berichtete, gewannen die Grünen in fast allen Kantonen – nur an den Innerschweizer Kantonen ging der Erfolg der Partei vorbei. In einem Interview im Blick Anfang Januar 2019 hatte sich Parteipräsidentin Regula Rytz (gp, BE) gewünscht, dass die Partei in den Nationalratswahlen vier oder fünf Sitze zulegen könnte; ein Ziel, das wider Erwarten gänzlich übertroffen wurde. Nicht überraschend zeigte sich die Parteipräsidentin folglich nach den Wahlen gegenüber den Medien extrem zufrieden und bedankte sich in einem NZZ-Interview bei den jungen Mitgliedern der Klimabewegung, die zur Politisierung der Jugend beitrügen.

Die positiven Resultate der Grünen brachten auch einen finanziellen Vorteil für die Partei mit sich: Wie der Tages-Anzeiger berechnete, erhält die Partei zukünftig bis zu CHF 600'000 mehr an Fraktionsbeiträgen. Hinzu kommen die Mandatsabgaben der Neugewählten – bisher CHF 9'000 für Nationalrätinnen und Nationalräte –, was weitere CHF 150'000 in die Kasse spülen soll. Dies seien bedeutende Mittel bei einem Budget von bisher CHF 1.2 Mio., betonte die Zeitung.

Klima- und Frauenpolitik waren die zwei Hauptthemen der Grünen in der Wahlkampagne, Themen, die seit der Gründung der Partei schwerpunktmässig bewirtschaftet werden. Regula Rytz erklärte in einem Interview im April 2019, dass die Klima- und Frauenbewegung zu einer Politisierung von Wählergruppen führten, die bei den Wahlen derjenigen Partei ihre Stimme gaben, die diese Themen schon lange auf der Agenda haben – so eben die Grünen.

Wie eine statistische Analyse der Kandidaturen nach Geschlecht, Kanton und Partei im Auftrag der EKF zeigte, hatte die Partei das Thema der Gleichstellung auch bei den Wahllisten aufgenommen. Die Grünen zeigten den höchsten Frauenanteil unter den Kandidierenden: 55.4 Prozent der Kandidierende auf den Wahllisten waren Frauen. Insgesamt hatten die Grünen in 13 Kantonen eine Frauenmehrheit auf ihren Wahllisten und standen somit an der Spitze.

Während der Wahlkampagne der Grünen berichteten die Medien viel über die **Kandidatur von Tamy Glauser – dem berühmten Schweizer Topmodel** – für den Nationalrat. In einem Tages-Anzeiger-Interview machte Glauser klar, dass sie keine «One-Woman-Show» für die Partei sei, sondern dass sie sich für die Umwelt und die Rechte der LGBT+-Community einsetzen wolle. Für Furore sorgte Glauser in der Folge, als sie auf den sozialen Medien in einem Post erklärte, dass das «Blut von Veganern und Veganerinnen zum Beispiel Krebszellen töten kann», wie der Blick berichtete. Diese Aussage wurde in den Medien und in der Öffentlichkeit laut kritisiert. Dass eine solche Aussage über Veganismus und Krebs ihrerseits derartige Reaktionen auslösen könne, habe sie nicht erwartet, betonte Glauser. Diese Episode habe ihr gezeigt, dass sie für die Politik noch nicht bereit gewesen sei, wie sie auf Instagram schrieb. Aus diesem Grund zog sie ihre Kandidatur Ende Juli 2019 zurück. Für die Nationalratsliste der Grünen wurde daraufhin die Zürcher Kantonsrätin Esther Guyer (ZH, gp) nachnominiert.⁶⁹

Auch bei den Ständeratswahlen 2019 verzeichneten die Grünen positive Resultate: Die Partei gewann vier Mandate im Stöckli hinzu (neu: 5 Sitze). Der Ständerat wurde somit grüner und weiblicher, wie die NZZ berichtete. Gewählt wurden vier grüne Frauen (von insgesamt 12 Frauen im Ständerat) und ein grüner Mann (von insgesamt 34 Männern in der kleinen Kammer).

Im traditionell bürgerlich wählenden Kanton Glarus eroberte der grüne Kandidat Mathias Zopfi überraschend einen Sitz im Ständerat. Er holte 252 Stimmen mehr als der Bisherige Werner Hösli (svp, GL). Im den zweiten Wahlgängen gelang den Grünen, die in den Kantonen Bern und Zürich um einen weiteren Sitz kämpften, jedoch kein Sieg mehr: Die Kandidatinnen Regula Rytz (gp, BE) und Marionna Schlatter (gp, ZH) verpassten den Sprung ins Stöckli. Regula Rytz war rund 13'000 Stimmen von der Wahl entfernt und Marionna Schlatter lag 70'000 Stimmen hinter dem Bisherigen Ruedi Noser, der wiedergewählt wurde.⁷⁰

An ihrer ersten **Delegiertenversammlung** nach den eidgenössischen Wahlen 2019 feierte die **Grüne Partei** in Bern vor allem ihre grossen Wahlerfolge. Noch nie habe eine Partei derart zugelegt wie die Grünen. Mit durchschnittlich 46 Jahren seien die Grünen die jüngste Fraktion und der Frauenanteil betrage 61 Prozent, so die Medienmitteilung nach der Versammlung. In ihrer Rede dankte die Präsidentin Regula Rytz (gp, BE) allen Anwesenden für das «überwältigende Ergebnis», das nur dank grosser Vorarbeit und guter Kampagne möglich gewesen sei. Die Erfolge würden aber auch hohe Erwartungen für die neue Legislatur wecken. Ziel müsse eine «umweltverträglichere» und «gerechtere» Politik sein, forderte Fraktionspräsident Balthasar Glättli (gp, ZH) in seinem Votum. Hierzu müsse man mit der SP und der Mitte Bündnisse finden. Der Rückenwind werde helfen, einen «sozialen und mehrheitsfähigen Klimaschutz» umzusetzen. Mit neuer «Ernsthaftigkeit», die laut Tages-Anzeiger die Partei erfasst habe, forderte die Präsidentin schliesslich einen grünen Bundesratssitz und eine neue Zauberformel. Entschieden wurde hierzu an der Versammlung freilich noch nichts. Das «neue Selbstverständnis», das die NZZ der Partei attestierte, liess die Präsidentin aber zur These verleiten, dass die Grünen wohl eher einen Regierungssitz erobert hätten, wenn Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard auf Ende Legislatur und nicht «taktisch» zurückgetreten wären. Rytz forderte ein Gesetz gegen Rücktritte während der Legislatur. Die neue «Volkspartei mit Bewegungscharakter» wie Regula Rytz das neue Selbstverständnis laut NZZ umschrieb, nutzte die Delegiertenversammlung schliesslich auch noch für die Parolenfassung für die Abstimmungen vom 9. Februar 2020: Einstimmig (1 Enthaltung) empfahlen die Abgeordneten ein Ja zur Volksinitiative «Für mehr bezahlbare Wohnungen» sowie ein Ja zur Änderung des Strafgesetzbuches («Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung»).⁷¹

Nach den Erfolgen sowohl in den National- als auch in den Ständeratswahlen 2019 **forderten die Grünen in den darauffolgenden Bundesratswahlen einen Bundesratssitz**. Zwar hatte Parteipräsidentin Regula Rytz (gp, BE) am Wahlsonntag der eidgenössischen Wahlen auf eine klare Aussage dazu verzichtet und lediglich angemerkt, dass die Verteilung der Bundesratssitze nicht mehr passe. Am 22. November 2019 gab Rytz jedoch ihre Kandidatur für die Bundesratswahlen offiziell bekannt. Man habe so lange mit dem Entscheid gewartet – die Ankündigung von Rytz kam fast einen Monat nach den Nationalratsergebnissen und drei Wochen vor den Bundesratswahlen –, da man in Gesprächen mit den anderen Parteien die Wahlchancen abzuschätzen versucht habe, erklärte Rytz gegenüber dem Tages-Anzeiger. Diese Gespräche seien positiv verlaufen, woraufhin die Grünen den FDP-Sitz von Ignazio Cassis angriffen. Die FDP sei im Bundesrat rechnerisch übervertreten, weshalb Rytz eine neue Zauberformel vorschlug, gemäss der die beiden grössten Parteien SP und SVP je zwei Sitze und FDP, CVP und die Grünen je einen Sitz haben sollten. Rytz betonte die Dringlichkeit einer Fortsetzung der Klimaschutzdiskussionen und die entsprechende Unterstützung in der Stimmbevölkerung. Aus diesem Grund sei der Anspruch der Grünen auf einen Bundesratssitz gerechtfertigt, obwohl mit Ignazio Cassis ein Vertreter einer sprachlichen Minderheit angegriffen werde. Man könne – so Rytz – nicht alle Ansprüche befriedigen.

Die Zeitungen kommentierte diese verspätete Kandidatur von Rytz und ihren Start in den Bundesratswahlkampf als misslungen. Die NZZ begründete die späte Bekanntgabe damit, dass Rytz ihrer Ständeratskandidatur Priorität eingeräumt habe und folglich bei einer Wahl in den Ständerat auf die Bundesratskandidatur verzichtet hätte. Stattdessen hätte sich Rytz aus dem Ständeratsrennen nehmen und sich auf die Bundesratswahl konzentrieren müssen – war sich die Presse einig. Als entsprechend klein schätzten sie auch ihre Chancen, gewählt zu werden, ein, betonten dabei aber vor allem die entscheidende Rolle der GLP-Fraktion auf einer Seite und der CVP-EVP-BDP-Fraktion auf der anderen Seite.

Am Tag der Wahl stellte sich neben den Grünen nur die Sozialdemokratische Fraktion offiziell hinter die Forderung, die Zauberformel zu ändern und die grüne Kandidatin Regula Rytz zulasten von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis zu unterstützen. Im Rahmen der parlamentarischen Debatte betonte SP-Fraktionspräsident Roger Nordmann (sp, VD), dass die Zusammensetzung des Bundesrates mit einer Mehrheit von je zwei Bundesratssitzen der FDP und der SVP aufgrund der Wahlerfolge der Grünen nicht mehr repräsentativ sei für die Schweiz und das Parlament. Keine Unterstützung erhielt Rytz von den übrigen Parteien. Die Grünliberale Fraktion entschied sich zwar für Stimmfreigabe, was für einigen Unmut bei den Grünen sorgte. Einige GLP-Mitglieder äusserten sich diesbezüglich im Tages-Anzeiger und erklärten, dass sie sich eine gemeinsame Strategie mit den Grünen für einen Bundesratssitz gewünscht hätten. Absprachen diesbezüglich hätten jedoch nicht stattgefunden. Auch von der CVP-

Fraktion erfuhren die Grünen keine Unterstützung, diese gab an, Ignazio Cassis zu unterstützen. Nach den Wahlen äusserte sich Balthasar Glättli im Sonntags-Blick kritisch gegenüber der CVP und stellte in Aussicht, dass die Grünen zukünftig auch den Sitz von Viola Amherd angreifen könnten, falls die CVP keinen Beitrag zu einer griffigeren Klimapolitik leiste. Da auch die FDP- und die SVP-Fraktion Ignazio Cassis unterstützten, setzte sich dieser mit 145 Stimmen durch. Regula Rytz erhielt 82 Stimmen, 11 Stimmen entfielen auf Verschiedene.

Im Zusammenhang mit der Forderung der Grünen nach einem Bundesratssitz berichteten die Medien ausgiebig über eine neue Zauberformel und somit über eine neue Zusammensetzung des Bundesrates. In einem Interview schlug SP-Parteipräsident Christian Levrat (sp, FR) vor, den Bundesrat auf neun Mitgliedern zu erweitern; dies gäbe mehr Spielraum, um die grossen Parteien angemessen in die Regierung zu integrieren, die Regionen wären besser vertreten und die Bundesräte würden entlastet. Altbundesrat Christoph Blocher schlug stattdessen vor, dass sowohl die SP als auch die FDP zukünftig nur jeweils einen Sitz haben und stattdessen auch die Grünen und Grünliberalen je einen Sitz erhalten sollten (sogenannte Formel Christoph Blocher: 2-1-1-1-1).⁷²

PARTEICHRONIK
DATUM: 15.05.2022
HANS-PETER SCHAUB

Im Frühjahr 2022 mussten die **Walliser Grünen** innert weniger Monate die **Parteiaustritte** des Grossrats Frédéric Carron und dreier Grossrats-Suppleantinnen hinnehmen. Stein des Anstosses waren unterschiedliche Positionen zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Während die Partei die Massnahmen des Bundes und des Kantons zur Eindämmung der Pandemie mehrheitlich befürwortete, lehnten die drei Dissidentinnen und Carron diese ab. Letzterer war auch Mitunterzeichner einer Motion im Walliser Parlament, die einen Entschädigungsfonds für Personen forderte, welche an Nebenwirkungen der Covid-19-Impfung litten. Die Partei warf ihrem Grossrat daraufhin vor, falsche Zahlen und Fakten zu verbreiten. Nach einer mehrere Monate dauernden Mediation kam es schliesslich zur Trennung. Gemäss den Darstellungen in der Presse hatte letztlich die Partei auf diesen Schritt gedrängt, während sich die Abweichterinnen und Abweichler einen Verbleib in der Partei hätten vorstellen können, solange sie an ihren öffentlichen Positionsbezügen zur Pandemiepolitik hätten festhalten können. Während zwei der Ausgetretenen auch als Suppleantinnen zurücktraten, hielten Carron und eine Suppleantin an ihren Ämtern fest und traten im Grossen Rat fortan als Fraktionslose auf. Ein Jahr nach ihrem Austritt bei den Grünen verhandelten sie über einen Anschluss als Parteilose an die SVP-Fraktion, der letztlich aber nicht zustande kam. Die beiden hatten eine Umbenennung der Fraktion beispielsweise in «SVP und Unabhängige» gefordert, sodass sie im Namen der Fraktion als separate Entität erkennbar würden. Die SVP-Fraktion wollte diese Bedingung jedoch nicht erfüllen, obwohl sie mit den beiden neuen Mitgliedern Anspruch auf zwei zusätzliche Kommissionssitze hätte erheben können.⁷³

PARTEICHRONIK
DATUM: 13.08.2022
HANS-PETER SCHAUB

Im August 2022 wurde Margot Chauderna (FR) zur **neuen Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz** gewählt. Die 27-jährige Freiburger Stadtparlamentarierin war davor stellvertretende Generalsekretärin der 4'500 Mitglieder zählenden Jungpartei gewesen. Gegenüber der Presse betonte Chauderna, sich in ihrem Engagement nicht auf ökologische Fragen beschränken zu wollen, denn «Klimagerechtigkeit» sei untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. So brauche es etwa mehr Inklusion und Rechte für LGBTQIA+-Personen, Menschen mit Behinderung sowie Migrantinnen und Migranten.

Chauderna löste Oleg Gafner (VD) ab, der seit 2020 Co-Präsident gewesen war und in der Presse die Lancierung der Umweltverantwortungsinitiative als Höhepunkt seiner Amtszeit nannte. Den zweiten Sitz im Co-Präsidium der Jungen Grünen behielt Julia Küng (ZG).

Sowohl Chauderna als auch Gafner wurden in den Medien nach ihrer Haltung zu den «Klimakleberinnen» und «Klimaklebern» befragt; beide erklärten dazu, dass sie selbst sich nicht auf Strassen festkleben, solche Aktionen aber unterstützen würden. Angesichts der Klimaerwärmung brauche es Engagement sowohl in den institutionellen Bahnen der Politik als auch auf der Strasse.

Gafner und Chauderna äusserten sich gegenüber der Presse auch zum Aufwand für das Amt: Während die finanzielle Entschädigung einer Anstellung von 20 Prozent entspreche, hatte Gafner nach seinen Angaben ein Pensum im Rahmen von 30 bis 40 Prozent für das Co-Präsidium eingesetzt, bei Chauderna seien es in den ersten Monaten ihrer Amtszeit über 50 Prozent gewesen.⁷⁴

Im Kanton **Glarus** verloren die **Grünen** Ende 2022 zwei Aushängeschilder an die **GLP**: Bloss ein halbes Jahr nach den Landratswahlen traten die Landrätinnen Priska Müller Wahl und Nadine Landolt Rüegg zur GLP über. Als Begründung nannten sie an einer Medienkonferenz «unterschiedliche Ansichten betreffend Organisation, Ressourceneinsatz und demokratischen Entscheiden», ohne weiter ins Detail gehen zu wollen. Inhaltliche Differenzen seien jedenfalls nicht ausschlaggebend gewesen, wie auch die Grünen in ihrer Stellungnahme betonten. Die Kantonalpartei erklärte, dass die beiden altgedienten Ländrätinnen «offenbar den Generationenwechsel, der mit dem neuen Vorstand eingeleitet werden konnte, und den damit verbundenen neuen und pragmatischen Stil nicht mittragen wollten».

Im Glarner Kontext war der Schritt insofern ein Novum, als damit erstmals in dem Kanton grüne Amtsträgerinnen zur GLP wechselten: Anders als in anderen Kantonen war die Glarner GLP 2013 nicht als Abspaltung der Grünen gegründet worden, sondern durch «Christlichsoziale, die in der CVP offenbar keine Zukunft mehr sahen», wie die Glarner Nachrichten schrieben; auch danach sei es «bis jetzt nicht zu Übertritten von grünen Schwergewichten gekommen».

Die Landratsfraktion der Grünen schrumpfte mit dem Doppelwechsel von 8 auf 6 Mitglieder, die Vertretung der GLP wuchs hingegen von 3 auf 5. Die Glarner Grünliberalen konnten damit **erstmalig eine eigene Fraktion** bilden, nachdem sie bei den Wahlen 2022 ihr erklärtes Ziel, Fraktionsstärke zu erreichen, noch verpasst und sogar einen Sitz eingebüsst hatten.

Mit dem Entstehen der neuen Fraktion hatte das Glarner Kantonsparlament zu entscheiden, wie mit zwei widersprüchlichen Vorgaben der Landratsverordnung umzugehen sei: Diese schreibt einerseits vor, dass in jeder Kommission jede Fraktion mit mindestens einem Sitz vertreten sein soll, andererseits sehen die Regeln eine Besetzung der Kommissionssitze lediglich zu Legislaturbeginn vor. Eine knappe Landratsmehrheit lehnte eine vorgezogene Neuverteilung der Kommissionssitze schliesslich ab; die Nein-Stimmen kamen von der SVP und der FDP, welche bei einer Neuverteilung Mandate hätten abgeben müssen. Damit blieben bis zum Ende der Legislatur 2026 zwei Kommissionen ohne Vertretung der Grünliberalen und eine Kommission ohne Vertretung der Grünen, weil die beiden Parteiwächterinnen ihre Kommissionssitze von den Grünen zu den Grünliberalen mitnahmen.⁷⁵

Bei den **Grünen Schweiz** trat zu Jahresbeginn 2023 Rahel Estermann ihr Amt als **Generalsekretärin** an. Die 35-jährige Luzerner Kantonsrätin war seit 2020 bereits stellvertretende Generalsekretärin der Grünen gewesen. Während sieben Jahren hatte sie davor das Sekretariat der Luzerner Kantonalpartei geführt.

Nebst Estermanns Einsatz für klassische grüne Werte – eine klimafreundliche, ökologische und solidarische Gesellschaft – hoben die Grünen in ihrer Medienmitteilung auch Estermanns Expertise im Bereich der digitalen Grundrechte hervor; Parteipräsident Balthasar Glättli hoffte, sie werde damit die Grünen als «netzpoltische Avantgarde» positionieren können. Estermann ihrerseits attestierte ihrer Partei unter Verweis auf die geplante europapolitische Volksinitiative der Grünen mit der Operation Libero und auf die bereits lancierte Klimafonds-Initiative von Grünen und SP eine bereits grössere inhaltliche Vielfalt als noch vor einigen Jahren.

Estermann folgte als Generalsekretärin auf Florian Irminger, der seinen Posten nach einer Amtszeit von rund zwei Jahren aus familiären Gründen aufgab. Als Irmingers Vermächtnis hob Glättli unter anderem den «Ausbau der grünen Strukturen nach dem grossen Wahlsieg 2019» sowie seine Mitarbeit in der Entwicklung der grünen Positionierung in Zeiten der Covid-19-Pandemie und der grünen Aussenpolitik nach Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hervor.⁷⁶

1) SGT, 16.7.93; WoZ, 3.9.93; wf, Dok., 23.8.93

2) AZ, SGT, 21.1.19

3) AZ, 21.1.22

4) TA, 3.11.95; Ww, 23.11.95; SoZ, 14.1.96 und 3.12.95; LZ und Bund, 6.12.95

5) TA, 17.10.12.

6) SoZ, 3.4.11.

7) AZ, 20.8.21

8) Grüne Tribüne (1990). Nr. 1.

9) BaZ vom 27.3.90

10) BaZ vom 26.3.90; AT vom 29.3.90; WoZ vom 30.3.90

11) BaZ vom 5.3.90; WoZ vom 11.4.90 und 20.4.90; Vr vom 20.4.90

12) WoZ vom 15.6.90; LNN vom 14.7.90; BaZ vom 22.9.90.

13) TA vom 23.4.90; LNN vom 18.10.90 und 19.10.90; Presse vom 27.10.90 und 29.10.90

14) LNN vom 14.7.90 und 25.10.90.

15) CdT vom 10.1.90 und 9.10.90; Bund vom 16.1.90; TA vom 5.4.90; Presse vom 29.10.90

- 16) Presse vom 29.10.90; L'Hebdo vom 1.11.90; BZ vom 5.11.90
- 17) TW vom 20.8.90; WoZ vom 17.8.90 und 31.8.90; TA vom 27.8.90; BZ vom 1.10.90 und 26.11.90; Bund vom 6.2.90 und 26.11.90
- 18) BaZ vom 15.1.90, 19.1.90 und 17.3.90; GPS (Dezember 1990). Who is who
- 19) GPS (1991). Die Schweiz und Europa. Diskussionsgrundlagen für die Standortbestimmung der Grünen Partei der Schweiz; JdG vom 22.2.91; L'Hebdo vom 28.3.91; Presse vom 3.6.91; LNN vom 10.8.91
- 20) Dém. vom 21.8.91; BaZ vom 7.2.91; BaZ vom 15.8.91; Presse vom 6.5.91
- 21) Presse vom 4.7.91 und 16.9.91; Ww und L'Hebdo vom 19.9.91; info-CPS, November 1991; GPS-Informationdienst vom 6.11.91; TW vom 12.10.91;
- 22) BaZ vom 8.11.91; BZ vom 12.11.91; GPS-Pressedienst vom 16.11.91
- 23) Presse vom 12.10.92; TA und LZ vom 10.10.92
- 24) LZ vom 11.12.92
- 25) Info Grüne (1993) Nr. 15.; TA, 21.6.93
- 26) Bresche Magazin (1993) Nr. 10, S. 27 ff; Ww, 2.9.93 und 4.11.93; Presse vom 3.9., 4.9. und 6.9.93; BZ, 25.11.93.
- 27) LZ, 16.12.93; LNN, 18.12.93.
- 28) TA, 6.10.94.
- 29) SoZ, 2.7.95; Presse vom 3.7.95
- 30) Soz, 7.5.95, TA, 17.5.95; Ww, 29.6.95; WoZ, 30.6.95; Bund, 9.9.95; Presse vom 11.9.95
- 31) Presse vom 5.2.96
- 32) NZZ, 2.9.96
- 33) Presse vom 26.5.97; TA, 7.6.97; SoZ, 6.7.97; NZZ, 7.7.97; TW, 4.9. und 5.9.97
- 34) Presse vom 15.9. und 27.10.97; NZZ, 28.10.97
- 35) Presse vom 17.12.98; SN, 20.5.98
- 36) NZZ, 4.5.00 und WoZ, 31.5.00 (Zurkinder); 24h, 28.4.00 (Schaffer).
- 37) TA, 23.2.01; SoZ, 26.8.01; Presse vom 27.8.01; TA, 28.8.01; NZZ, 6.9.01; TA, 7.9.01; Bund und BZ, 11.9.01; BZ, 18.9.01. Pulver: SoZ, 23.9.01; NZZ, 27.9.01; LT und 24h, 28.9.01; LT und TA, 29.9.01. Wahl: SGT, 26.10.01; Presse vom 27.10. und 29.10.01.
- 38) Bund, 5.5.01; NZZ, 7.5.01; Presse vom 29.10.01.
- 39) NZZ, 24.9.03.; Presse vom 26.5.03. Für Rückblicke auf die Entwicklungsgeschichte der Grünen siehe Bund, 20.5.03; TA, 21.5.03; Presse vom 23.-24.5.03.
- 40) LT und TA, 6.5.03; NZZ, 22.11.03.
- 41) Presse vom 14.4.03.
- 42) BZ, 19.3.04; TA, 17.6.04; NZZ, 19.6.04.
- 43) TA, 8.6.05 (Fraktionsmitgliedschaft); 24h und LT, 2.11.05; zu den ökoliberalen Parteien allgemein siehe auch 24h, 24.3.05.
- 44) Presse vom 19.11.05.
- 45) BaZ und NZZ, 5.10.06.
- 46) NZZ und TA, 30.10. und 31.10.07.
- 47) TA, 14.1.08; Bund und NZZ, 23.1.08; Bund und BaZ, 24.1.08; NZZ, 25.2. und 16.4.08.
- 48) Bund, 21.2.08; NZZ, 24.4.08; BZ, 25.4.08; BZ, BaZ und TA, 26.4.08; Presse vom 28.4.08.
- 49) NZZ, 17.6.08.
- 50) SGT, 23.8.08; Bund und NZZ, 25.8.08.
- 51) NZZ, 19.12.08.
- 52) BZ, 27.1.09.
- 53) BaZ, 7.3. und 18.3.09; NZZ, 11.3.09.
- 54) NZZ, 18.5.09.
- 55) TA, 29.12.09; NLZ, 30.12.09.
- 56) TA, 7.4.10; Presse vom 2.5. bis 10.5.10; NZZ, 10.5.10; zur Debatte, ob die Grünen zu links seien vgl. auch ExPress, 24.6.10 und TA, 10.6. und 27.10.10.
- 57) NZZ, 29.9.10; TG, 9.12.10.
- 58) NLZ, 4.1., 6.1. und 17.1.11.
- 59) SN, 25.10.11; LT, 8.11. und 29.11.11.
- 60) NZZ, 20.2.12.
- 61) LT, 9.1.12; TA, 11.1.12; 24h und Bund, 12.1.12; NZZ, 13.1.12; BaZ, 19.1.12; SoZ, 22.1.12; LT, 23.1.12; NZZ, 30.1. und 22.3.12; Lib, 17.4.12; BaZ, 19.4.12; SGT, 20.4.12; Presse vom 21.4. und 23.4.12; WW, 26.4.12.
- 62) NZZ, 24.3. und 13.6.12; So-Bli, 15.4.12; TA und NZZ, 19.11.12.
- 63) NZZ, 2.11. und 5.11.12.
- 64) ZGZ, 15.1.13.
- 65) TG, 8.10.13; www.jungegruene.ch.
- 66) SO, 10.11.13; NZZ, 12.11.13; AZ, 13.11.13; Blick und NZZ, 27.11.13.
- 67) NZZ, 29.4.13; NZZ und SN, 26.11.13; SN, 7.12.13.
- 68) NZZ und SN, 26.11.13; NZZ, 27.11.13; SN, 7.12.13.
- 69) EKF (2019) Analyse Kandidierende Eidgenössische Wahlen 2019.pdf; Blick, 4.1.19; Cdt, 10.1.19; AZ, 13.1.19; 24H, 27.2.19; TG, 6.3.19; NZZ, 4.4.19; AZ, NF, 6.4.19; TA, 8.4.19; BaZ, 25.4.19; NF, 4.5.19; Blick, 15.5.19; Blick, NZZ, TA, 22.5.19; Blick, 23.5., 25.5.19; So-Bli, 26.5.19; Cdt, 7.6.19; SGT, 29.7.19; NZZ, 2.8.19; BZ, Exp, WoZ, 3.10.19; NZZ, SZ, 5.10.19; LZ, 10.10.19; So-Bli, 13.10.19; Exp, NZZ, TA, 21.10.19; NF, TA, 22.10.19; NZZ, 23.10.19; TA, 26.10.19; WW, 31.10.19
- 70) 24H, 2.9.19; Bund, 21.9.19; Exp, NZZ, 3.10.19; NZZ, TA, 21.10.19; WW, 7.11.19; AZ, NZZ, TA, 18.11.19
- 71) Delegiertenversammlung GP vom 2.11.19; Medienmitteilung GP vom 2.11.19; Protokoll DV Grüne vom 2.11.19; Präsidialrede Rytz vom 2.11.19; Traktanden DV Grüne vom 2.11.19; TA, 2.11.19; So-Bli, SoZ, 3.11.19; NZZ, TA, 4.11.19
- 72) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; NZZ, 21.10.19; WW, 24.10.19; TA, 25.10., 26.10.19; So-Bli, 27.10.19; NZZ, TA, 28.10.19; Blick, 1.11.19; Blick, TA, 2.11.19; SoZ, 3.11.19; NZZ, TA, 4.11.19; AZ, 7.11.19; SoZ, 10.11.19; Blick, 14.11.19; So-Bli, 17.11.19; AZ, Blick, 20.11.19; AZ, 21.11.19; NZZ, TA, 22.11.19; AZ, NZZ, 23.11.19; SoZ, 24.11.19; AZ, 25.11.19; WW, 28.11.19; NZZ, 30.11.19; Blick, 4.12., 5.12.19; AZ, NZZ, 7.12.19; NZZ, TA, 12.12.19; So-Bli, 15.12.19
- 73) NF, 23.12.21, 22.2., 17.5.22, 28.3., 25.4.23
- 74) Medienmitteilung Junge Grüne vom 13.8.22; 24H, 24.8.22; Lib, 22.10.22
- 75) SGL, 23.12.22, 27.4.23
- 76) Medienmitteilung Grüne vom 10.11.22; LZ, 11.11.22; TA, 27.12.22